



## Niederschrift

---

### Sitzung des Bau- und Planungsausschusses

---

**Sitzungstermin:** Montag, 18.05.2026  
**Sitzungsbeginn:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:29 Uhr  
**Ort, Raum:** im Sitzungssaal des Rathauses Tornesch, Wittstocker Str. 7

---

#### Anwesend

##### Sitzungsleitung

Jonas P. Proeger B90/GRÜNE Tornesch

##### Gremienmitglieder

Dr. Wolfgang Bätcke	CDU Tornesch	
Thomas Borgeest	T.A.G - Tornesch aktiv gestalten	
Dr. Susanne Dohrn	SPD Tornesch	
Howe Heitmann	CDU Tornesch	
Gerrit Buse	B90/GRÜNE Tornesch	Vertretung für: Katharina Kegel
Gunter Kissel	CDU Tornesch	
Uwe Krienke	BfT - Bürger für Tornesch	
Artur Rieck	SPD Tornesch	
Tobias Schomaker	CDU Tornesch	
Gunnar Werner	FDP Tornesch	

##### Verwaltung

Christopher Radon	Bgm. Tornesch
Sven Reinhold	Verwaltung Tornesch
Sylvia Kaufmann	Verwaltung Tornesch

##### Verwaltung (z. K.)

Sylvia Köhn	Verwaltung Tornesch
-------------	---------------------

#### Abwesend

Gremienmitglieder  
Katharina Kegel

B90/GRÜNE Tornesch      entschuldigt

**Gäste:**

Jorid Westphal AC Planergruppe

Ratsfrau Martina Dücker (T.A.G.)

# Tagesordnung

## In öffentlicher Beratung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
- 4 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
- 5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 6 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2026  
*Die Niederschrift wird nach Erstellung nachgereicht.*
- 6.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2026
- 7 5. Änderung des B-Plans 22 "Kaffeetwiete" - Erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss VO/26/2129
- 7.1 5. Änderung des B-Plans 22 "Kaffeetwiete" - Erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss - hier: Ergänzter Beschlussvorschlag VO/26/2154
- 8 Schulwegekonzept Fritz-Reuter-Schule VO/24/1342--2
- 9 Ausbau Schäferweg zwischen Baumschulenweg und Großer Moorweg VO/25/1866-1
- 10 Neubau der Schmutz- und Regenwasserkanalisation Königsberger Straße und Wachsbleicher Weg Süd VO/25/1887-1
- 11 Nachbewilligung von Haushaltsmitteln zur Instandsetzung der Aufzugsanlage am Bahnhof  
*Vorlage wird nachgereicht.*

11.1	Nachbewilligung von Haushaltsmitteln zur Instandsetzung der Aufzugsanlage am Bahnhof	VO/26/2132
12	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
13	Bericht der Verwaltung (öffentlicher Teil)	VO/26/2135
13.1	Nachträge zum Bericht der Verwaltung (öffentlicher Teil)	VO/26/2138

# Protokoll

## In öffentlicher Beratung

---

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

#### Beratungsverlauf:

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie Frau Westphal von der AC Planergruppe.

Herr Proeger stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

---

### 2 Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung

#### Beschluss:

Der nichtöffentliche Tagesordnungspunkt 17 Grundstücksangelegenheiten wird für das Thema „Bootshaus Tornesch am See“ verwendet.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

#### Beratungsverlauf:

Aus dem Gremium liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger regt an, den nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 17 Grundstücksangelegenheiten für das Thema „Bootshaus Tornesch Am See“ zu verwenden.

---

### 3 Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

#### Beschluss:

Nichtöffentlich werden die Tagesordnungspunkte ab N 14 beraten.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

11	0	0
----	---	---

### **Beratungsverlauf:**

Der Beschluss wird ohne Beratung gefasst.

---

## **4 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

### **Beratungsverlauf:**

Herr Kruse aus dem Großen Moorweg fragt, ob der nach der Sanierung der Denkmalstraße wieder geöffnete Bahnübergang weiterhin für den Lkw-Verkehr gesperrt bleibt.

Herr Reinhold, Leiter des Amtes für Bauen, Planen und Umwelt, bejaht die Frage.

Herr Kruse will wissen, wann Tornesch Geld für den bereits vor Jahren gebauten Teilabschnitt der K22 am Großen Moorweg zurückerhält.

Bürgermeister Herr Radon informiert, dass der Wirtschaftsausschuss des Kreises in seiner Sitzung am 12. Mai die Finanzierung und Planung der K22 vertagt hat.

Herr Werner erinnert daran, dass seinerzeit das Teilstück der K22 am Großen Moorweg vom Land bezahlt worden ist und Tornesch das Geld dafür nur zurückzahlen muss, wenn die K22 in ihrer Gesamtheit nicht realisiert wird.

Herr Adomat und Herr Schmidt aus der Wilhelmstraße äußern sich zum Thema Tempo 30 in ihrer Straße. Herr Adomat berichtet von erheblichen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die nur durch das wechselseitige Parken von Fahrzeugen eingedämmt werden könnten. Herr Adomat fragt, warum in der Vergangenheit nicht durch mehr Polizeikontrollen oder das Aufstellen von Blitzanlagen Tempo 30 durchgesetzt wurde.

Außerdem möchte Herr Adomeit wissen, ob es im Zusammenhang mit dem Schulwegkonzept für die Fritz-Reuter-Schule und dem Einrichten eines Bereichs für „Eltern-Taxis“ verlässliche Zahlen darüber gibt, wie viele Eltern ihre Kinder zur Schule fahren. Er hält es nicht für sinnvoll, dass Kinder mit dem Auto zur Schule gebracht werden und dies durch das Einrichten von Extra-Bereichen zu unterstützen.

Amtsleiter Herr Reinhold antwortet auf die Frage bezüglich Durchsetzung von Tempo 30 in der Wilhelmstraße, dass durch das Tornescher Ordnungsamt regelmäßig bei der Polizei Geschwindigkeitskontrollen angeregt wurden. Dem Wunsch der Stadt, dass in Tornesch feste Blitzanlagen aufgestellt werden, habe die Kreisbehörde bei der letzten Neufestsetzung der Standorte nicht entsprochen.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Köhn informiert zum Thema „Hol- und Bringzone“, dass mit der Schule darüber gesprochen wurde und Zahlen im Protokoll nachgereicht beziehungsweise direkt Herrn Adomat nach Vorliegen seiner Kontaktdaten mitgeteilt werden können. Herr Adomat verweist darauf, dass die Politik die Zahlen vor einer Beschlussfassung am heutigen

Abend kennen sollte.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

*Befragung / Elternerhebung 2023*

*Anzahl Schüler gesamt FRS: 330*  
*ausgegebene Fragebögen: 330*  
*zurückgegebene Fragebögen: 175*  
*Rückläuferquote: 53 %*

<i>Wahl der Verkehrsmittel</i>	<i>Sommer</i>	<i>Winter</i>
<i>zu Fuß allein:</i>	<i>42</i>	<i>45</i>
<i>zu Fuß mit Freunden:</i>	<i>53</i>	<i>55</i>
<i>ÖPNV:</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>Fahrrad:</i>	<i>78</i>	<i>57</i>
<i>Auto Elternteil:</i>	<i>25</i>	<i>38</i>
<i>Auto Mitfahrer</i>	<i>0</i>	<i>5</i>
<i>Sonstiges:</i>	<i>44</i>	<i>44</i>

*Methoden Schulwegsicherung, welche würden Sie annehmen?*

*Programm mit der Schule: 94*  
*Verkehrslotsen: 65*  
*Geschwindigkeitsreduzierung: 70*  
*Gehwegnasen: 38*  
*Schüler:innen Express: 17*  
*Hol- und Bringzonen: 41*

Herr Adomat regt an, die Fußgängerbedarfsampel in Höhe des Restaurants Himara an die Königsberger Straße zu versetzen. Die vorgesehenen Gehwegnasen an der Pommernstraße hält er für „suboptimal“. Bezüglich des geplanten Parkverbots an der Wilhelmstraße hätte sich Herr Adomat eine Information der Stadt an die Anlieger gewünscht. Er regt an, das Parkverbot nur während der Schulzeiten einzurichten.

Herr Buse richtet sich an die Verwaltung mit der Bitte, einen Überblick zu erstellen, wo und wie oft in Tornesch in der jüngeren Vergangenheit mobile Blitzanlagen aufgestellt wurden. Amtsleiter Herr Reinhold will über das Ordnungsamt einen Überblick zusammenstellen lassen und im Protokoll nachreichen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

*Im Jahr 2024 wurden 39 Messungen in Tornesch durchgeführt, im Jahr 2025 waren es 15. Angaben für 2026 sowie die einzelnen Standorte liegen nicht vor.*

---

## **5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

### **Beratungsverlauf:**

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger informiert, dass in der vorangegangenen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses in nichtöffentlicher Beratung dreimal ein gemeindliches Einvernehmen erteilt wurde.

---

## **6 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2026**

### **Beratungsverlauf:**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2026 vor.

---

### **6.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2026**

#### **Beratungsverlauf:**

Da keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2026 vorliegen, gilt die Niederschrift als genehmigt.

---

## **7 5. Änderung des B-Plans 22 "Kaffeetwiete" - Erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss VO/26/2129**

---

### **7.1 5. Änderung des B-Plans 22 "Kaffeetwiete" - Erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss - hier: Ergänztter Beschlussvorschlag VO/26/2154**

#### **Beschluss:**

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt die Vertagung des Beschlussvorschlags der Verwaltung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6 (2 Grüne, 2 CDU, 1 BfT, 1 SPD)	4 (2 CDU, 1 FDP, 1 T.A.G)	1 (SPD)

### **Beratungsverlauf:**

Der Ausschussvorsitzende erteilt Frau Westphal von der AC Planergruppe das Wort. Anhand einer Powerpoint-Präsentation gibt Frau Westphal eine Einführung in das Thema und erläutert den Entwurf, der zur heutigen Sitzung vorliegt und zum erneuten Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss führen soll.

Die 5. Änderung des B-Plans 22 erfolgt, um wohnbauliche Nahverdichtung zu ermöglichen und eine Neustrukturierung von Grünflächen vorzunehmen. Frau Westphal nennt die Festsetzungen für den Geltungsbereich, die mit der B-Planänderung verbunden sind. Darunter die GRZ 0,4.

Herr Bätcke erinnert daran, dass es in der vorangegangenen Sitzung zu dem Thema darum ging, dass die gewünschte Änderung von Grünflächen planerisch festgesetzt werden sollte. Jedoch nicht um eine Anhebung der GRZ von 0,25 auf 0,4. Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger pflichtet ihm bei.

Frau Westphal betont, dass für eine Nachverdichtung die GRZ von 0,25 nicht ausreichend sei.

Herr Buse will wissen, wie hoch die GRZ im näheren Umfeld des Geltungsbereichs ist. Frau Westphal zeigt zwei Quartiere mit der GRZ 0,3.

Herr Heitmann verweist darauf, dass bei einer Grundstücksgröße von 600 Quadratmetern eine „vernünftige“ GRZ notwendig ist, um ein Haus zu erstellen.

Herr Krienke fragt, ob es möglich ist, anstelle von drei Grundstücken einen Häuserblock zu bauen und will wissen, wie breit der Grünstreifen ist. Frau Westphal nennt 6 Meter.

Herr Bätcke fragt, ob es sinnvoll ist, die Baugrenze bis an die Grünfläche zu legen.

Herr Proeger erachtet eine GRZ-Erhöhung auf 0,4 für schlüssig, da die Grünfläche größer sei als vorher.

Herr Bätcke schlägt als Kompromiss eine GRZ von 0,3 vor.

Herr Proeger fragt, ob eine Vertagung der vorgesehenen Beschlussfassung möglich ist, ohne den Satzungsbeschluss Ende des 3. Quartals zu gefährden.

Herr Krienke merkt an, dass eine GRZ von 0,4 in Esingen nicht passe. Bei einer GRZ von 0,3 könne er mitgehen.

Herr Buse regt als GRZ-Vergleich die Erstellung einer Visualisierung an, in der die Bebauung der umliegenden Grundstücke erkennbar ist. Er stellt den Antrag auf Vertagung der Be-

schlussfassung. Der Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen.

Herr Proeger dankt Frau Westpahl für die Präsentation und verabschiedet sie.

---

## 8 Schulwegekonzept Fritz-Reuter-Schule

VO/24/1342--2

### Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Konzept um ein Parkkonzept mit wechselseitiger Ausweisung von Parkplätzen inklusive einer Erweiterung des Halteverbots beidseitig der Gehwegnasen auf der Wilhelmstraße zu ergänzen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

### Beratungsverlauf:

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Köhn führt in das Thema ein. In der Sitzung am 14. Juli 2025 hatten die Ausschusspolitiker der Verwaltung für drei vorgestellte Maßnahmen des Schulwegekonzepts weiterführende Prüfaufträge erteilt. Die Ergebnisse für die Prüfaufträge Norderstraße/Pommernstraße, Pommernstraße/Wilhelmstraße und Wilhelmstraße/Königsberger Straße sind in der Verwaltungsvorlage ausführlich dargestellt.

Die Politiker stellen Fragen dazu.

Herr Krienke befürchtet, dass bei Einrichtung einer Hol- und Bringzone für Eltern-Taxis in der Wilhelmstraße der Verkehrsfluss gestört wird und sich Verkehr auf die Pommernstraße vorbei an Kita und Wohnbebauung verlagern wird.

Frau Köhn macht deutlich, dass über die Angebote im Schulwegekonzept Kinder angeregt werden sollen, zu Fuß zur Schule gehen. Dass Eltern mit ihren Autos direkt vor der Schule halten, soll durch diese Angebote minimiert werden und wird zudem während der bevorstehenden zwei Jahre umfassenden Bauphase an der Königsberger Straße nicht möglich sein.

Herr Bätcke fragt nach dem Prüfergebnis zum Halteverbot in der Wilhelmstraße zwischen Pommernstraße und Norderstraße im Zusammenhang mit der Schaffung einer doppelseitigen Gehwegnase sowie der Hol- und Bringzone.

Frau Köhn erläutert, dass es mit Vertretern der Verkehrsbehörde des Kreises und dem Fachdienst Ordnung der Stadt einen Ortstermin gegeben hat mit dem Ergebnis, dass auf einer Länge von 50 Metern zwischen Pommernstraße und Wilhelmstraße 30 beidseitig ein Halteverbot eingerichtet wird. Die geplante Hol- und Bringzone wird verschoben und auf der gegenüberliegenden Seite im Bereich der Wilhelmstraße 35-39 auf einer Länge von etwa 34 Metern ein Halteverbot eingerichtet.

Herr Bätcke fordert zur besseren Übersichtlichkeit auch ein Halteverbot auf der Seite der Hol- und Bringzone. Frau Köhn betont, dass dies im Moment nicht für erforderlich gehalten wird, ein Nachjustieren aber möglich ist.

Herr Rieck bezeichnet die geplanten Maßnahmen in der Wilhelmstraße als Schritt in die richtige Richtung und plädiert dafür, Parkmöglichkeiten an der Straße wechselseitig so einzurichten, dass der fließende Verkehr nicht beeinträchtigt wird. Er fordert, dass sich die Verwaltung noch einmal mit einem Parkkonzept befasst. Auch Herr Proeger begrüßt, dass Aspekte des Radverkehrs berücksichtigt werden und wünscht ebenfalls die Schaffung von wechselseitigen Parkmöglichkeiten.

Herr Buse bewertet das Konzept als Beitrag zu mehr „objektiver“ und „subjektiver“ Sicherheit für Schulkinder und deren Eltern.

Herr Kissel fragt, ob im Zusammenhang mit den Gehwegnasen die Breite für Durchfahrten beispielsweise von Feuerwehrfahrzeugen ausreicht. Frau Köhn betont, dass die Mindestbreite gegeben ist.

Herr Werner will wissen, ob die Lage der Gehwegnasen im Bereich Pommernstraße/Wilhelmstraße unverrückbar ist. Frau Köhn merkt dazu an, dass, sollten die Gehwegnasen an dem Standort nicht angenommen werden, ein anderer Standort geprüft werden könnte.

Herr Bätcke macht im Verlaufe der weiteren Diskussion deutlich, dass seine Fraktion mehr Halteverbote in der Wilhelmstraße haben möchte und das Aufstellen von Kübeln als Maßnahme zur Einhaltung des Tempolimits ablehnt.

Auch Herr Borgeest regt Überlegungen zu Halteverboten an und betont, dass man im Lindenweg ohne Gehwegnasen und Kübel auskommt.

Herr Kissel plädiert für eine zeitliche Begrenzung des Halteverbots in der Wilhelmstraße, um sowohl der Schulwegsicherung als auch den Anliegern gerecht zu werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger fragt, ob sich die Fraktionen auf eine Modifikation der Beschlussvorlage einigen könnten. Herr Bätcke schlägt eine Vertagung der Beschlussfassung vor mit dem Auftrag an die Verwaltung, das Konzept für Parkverbote und wechselseitiges Parken noch einmal zu überarbeiten. Herr Buse plädiert dafür, einen Beschluss zu unstrittigen Punkten wie Gehwegnasen und der Hol- und Bringzone herbeizuführen, um ein Zeichen für die Schulwegsicherung zu setzen. Ein Beschluss zu Halteverboten und Parkmöglichkeiten sollte zu einem späteren Zeitpunkt gefasst werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger formuliert einen neuen Beschlussvorschlag mit einem Auftrag an die Verwaltung zur Ergänzung des Konzepts bezüglich Halteverbots und Parkmöglichkeiten.

## **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der vorhandene Unterbau (Tragschicht) genutzt und ertüchtigt werden kann mit dem Ziel, eine Pflasterung wie im restlichen Seeumfeld einzubauen.

Alternativ soll eine reine Unterhaltungsvariante im Hocheinbau geprüft werden.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, sofort den Förderantrag für den Abschnitt Baumschulenweg bis Kleiner Moorweg zu stellen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

## **Beratungsverlauf:**

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger erteilt Herrn Hildebrandt, der als bürgerliches Mitglied der T.A.G.-Fraktion und Stellvertretermitglied des Ausschusses aus den Zuschauerreihen die Sitzung verfolgt, das Wort.

Herr Hildebrandt hat Fragen zu den veranschlagten Baukosten für den Ausbau des Schäferwegs zwischen Baumschulenweg und Großer Moorweg. Er will wissen, wo die Kostentreiber für die in der Vorlage genannten 1,2 Millionen Euro liegen und fragt, ob nicht eine Ertüchtigung des vorhandenen Unterbaus ausreicht, was die Kosten senken würde.

Herr Heitmann regt an, den Schäferweg zwischen Kleiner und Großer Moorweg in seinem Zustand zu belassen und zwischen Penny-Markt und Kleiner Moorweg ohne Veränderung des Unterbaus mit einer neuen Asphaltenschicht zu versehen. Dies sei wesentlich kostengünstiger und seines Erachtens Jahrzehnte haltbar.

Herr Rieck verweist darauf, dass seine Fraktion für eine „ordentliche“ Herstellung des Schäferwegs zwischen Ohlenhoff und Kleiner Moorweg ist. Der Straßenabschnitt sollte eine Pflasterung, kein Betonsteinpflaster, erhalten. Die anderen Bereiche des Schäferwegs schätzt Herr Rieck als funktionsfähig ein.

Herr Krienke berichtet, dass er mit dem Rad vom Ohlenhoff bis zum Mehrgenerationenplatz gefahren ist und diesen Abschnitt des Schäferwegs für Radfahrer als gut befahrbar erachtet. Er plädiert dafür, eine hellgraue Pflasterung wie bei den Wegen am See zu verwenden.

Herr Hildebrandt merkt noch einmal an, dass es ihm nicht um die Oberflächenbefestigung, die im Quartier stimmig sein sollte, sondern um den Kostentreiber Unterbau geht und fragt, ob am Unterbau wirklich so viel gemacht werden muss oder ob nicht eine Ertüchtigung ausreicht.

Herr Hildebrandt bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der vorhandene Unterbau belassen, weiter genutzt oder ertüchtigt werden kann. Zudem bittet er um das Erstellen eines Kostenkonzepts ohne Erneuerung des Unterbaus.

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger formuliert einen Beschlussvorschlag. Er wird durch weitere Anregungen ergänzt. Herr Krienke möchte die Verwendung des hellgrauen Pflasters erwähnt wissen, Herr Heitmann die Kostendarstellung für eine Asphaltdecke mit Glasfasergewebe im Hochbau.

Herr Bätcke fragt, ob die Förderung der Baumaßnahme sichergestellt ist. Ohne Förderung würde die CDU nur für die von Herrn Heitmann vorgeschlagene reine Unterhaltungsmaßnahme plädieren.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Köhn betont, dass der Förderantrag beim Kreis zügig gestellt werden könne. Sowohl die Gesamtmaßnahme als auch die abschnittsweise Umsetzung sei förderfähig.

Der Ausschussvorsitzende formuliert den Beschlussvorschlag mit den Anregungen noch einmal neu und stellt ihn zur Abstimmung.

---

## 10 **Neubau der Schmutz- und Regenwasserkanalisation Königsberger Straße und Wachsbleicher Weg Süd**

**VO/25/1887-1**

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Entwurfsplanung für die Variante I ohne Mülltonnenstellplätze zu erarbeiten und diese dem Bau- und Planungsausschuss zur Entscheidung vorzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7 (4 CDU, 1 BfT, 1 T.A.G., 1 FDP)	4 (2 Grüne, 2 SPD)	0

### **Beratungsverlauf:**

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Köhn erläutert den Sachverhalt und informiert, dass die von der Politik als Prüfauftrag an die Verwaltung gegebene Variante Shared Space in der Königsberger Straße vor der Grundschule nicht funktioniere. Die Verwaltung befürwortet eine Trennung der Verkehrsteilnehmer.

Herr Borgeest will wissen, warum die Königsberger Straße umgebaut werden muss. Er findet die Variante III interessant, stellt jedoch die Frage in den Raum, ob Tornesch Geld dafür hat.

Frau Köhn erläutert den Zusammenhang des Straßenneubaus mit dem Neubau der Schmutzwasser- und Regenkanalisation.

Herr Werner ist für die vorgestellte Variante I, die eine Optimierung der Gehwege enthält. Er lehnt allerdings die Einrichtung von Sammelplätzen für Mülltonnen ab und ist der Ansicht, dass diese Sammelplätze nicht benötigt werden, wenn eine Verbreiterung der Gehwege erfolgt.

Herr Bätcke und Herr Proeger plädieren im Namen ihrer Fraktionen ebenfalls für die Variante

I.

Herr Buse ist dafür, bei Variante I die Schaffung der Sammelstellen für Mülltonnen nicht zu streichen, da die Verbreiterung der Gehwege für Schulkinder und nicht für Mülltonnen vorgesehen sei.

Herr Krienke regt an, die Anwohner der Königsberger Straße anzuschreiben und bei der Wahl der von der Verwaltung vorgestellten Varianten mit ins Boot zu holen.

Frau Dohrn betont, dass ihre Fraktion Shared Space begrüßen würde, sich aber auch die Variante I vorstellen könnte. Sie fragt nach der Höhe der Bordsteine.

Frau Köhn nennt zehn bis zwölf Zentimeter. Wenn die Breite passe, werde die Verwaltung der Politik Schrägbordsteine vorschlagen. Herr Bätcke erinnert daran, dass es einen Beschluss zum Einbau von Schrägbordsteinen gibt.

Herr Krienke stellt den Antrag, die Bürger bei der Wahl der Varianten zum Neubau der Königsberger Straße zu beteiligen. Herr Proeger lässt dazu abstimmen. Der Antrag wird von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Herr Werner stellt den Antrag, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu Variante I, jedoch ohne die Einrichtung von Sammelstellen für Mülltonnen, abzustimmen. Es wird ein Beschlussvorschlag dazu formuliert. Der Ausschussvorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag abstimmen.

---

## **11 Nachbewilligung von Haushaltsmitteln zur Instandsetzung der Aufzugsanlage am Bahnhof**

---

### **11.1 Nachbewilligung von Haushaltsmitteln zur Instandsetzung der Aufzugsanlage am Bahnhof**

**VO/26/2132**

#### **Beschluss:**

1. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Ratsversammlung die Bewilligung der überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 80.000,00 EUR beim Produktkonto 541031.521100 zur Sanierung der defekten Aufzugsanlage am Bahnhof.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung der Ratsversammlung einen Deckungsvorschlag zu erarbeiten und der Ratsversammlung in einer neuen Vorlage vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermöglichkeiten zu prüfen und einen entsprechenden Fördermittelantrag zu stellen.

## Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

## Beratungsverlauf:

Amtsleiter Herr Reinhold führt in die Thematik ein und erläutert den Sachstand. In der Verwaltungsvorlage sind die erforderlichen Maßnahmen zur Sanierung der Aufzugsanlage an der Brücke über die Bahngleise dargestellt. Die geplanten Maßnahmen sind auf einen Schutzstandard ausgelegt, der die Hauptbaugruppen der Steuerung künftig zuverlässig vor Feuchtigkeit schützen soll.

Die Kosten dafür wurden von der Verwaltung geprüft und werden nach dem Einholen und Vergleichen von Angeboten auf etwa 80.000 Euro beziffert.

Herr Reinhold erläutert die haushaltsrechtliche Bewertung, informiert, dass eine Deckungsmöglichkeit der Kosten durch einen Minderaufwand bei Produktkonten innerhalb des Budgets nicht möglich ist und stellt die Empfehlung der Verwaltung vor. Diese beinhaltet, dass der Ratsversammlung die Bewilligung der überplanmäßigen Haushaltsmittel empfohlen werden soll. Ein Deckungsvorschlag soll bis zur Sitzung der Ratsversammlung nachgereicht werden.

Eine mögliche Alternative, die Sanierung der Aufzugsanlage auf das kommende Haushaltsjahr zu verschieben, empfiehlt die Verwaltung nicht.

In der sich anschließenden Diskussion betonen die Ausschussmitglieder ebenfalls die Notwendigkeit einer zügigen Sanierung. Herr Rieck spricht von einem Aushängeschild für Tornesch und verweist auf die Bedeutung der Aufzugsanlage für die Nutzung des ÖPNV.

Herr Krienke fragt nach, ob mit den Sanierungsmaßnahmen die Funktionsfähigkeit und Sicherheit der Anlage für die nächsten zehn Jahre gewährleistet sein wird. Amtsleiter Herr Reinhold macht nochmals deutlich, dass die geplanten Maßnahmen Bauteile vor Feuchtigkeit schützen und durch die Art der Sanierung baulich bedingte Ausfälle der Anlage in Zukunft so weit wie möglich ausgeschlossen werden sollen.

Herr Krienke fragt nach einer Kameraüberwachung gegen Vandalismus. Herr Reinhold verweist auf die vorhandene Videoüberwachung, aber auch den Fakt, dass selten Verursacher von Vandalismusschäden ausgemacht werden können.

Herr Bätcke betont nochmals die Notwendigkeit, bei der Sanierung auf Qualität und Bauteile, die für den Außenbereich geeignet sind, zu achten. Herr Reinhold verweist auf das Angebot eines renommierten Fahrstuhlbauers.

---

## 12 Anfragen von Ausschussmitgliedern

### **Beratungsverlauf:**

Herr Rieck berichtet von defekten Duschen in der Sporthalle der Johannes-Schwennesenschule und fordert die Verwaltung auf, Abhilfe zu schaffen.

Amtsleiter Herr Reinhold sichert eine Überprüfung und Informationen dazu im Protokoll zu.

Herr Rieck fragt nach dem Bau der Gehwegnase in Höhe des ABC-Weges. Frau Köhn informiert, dass im Juni mit den Arbeiten begonnen wird.

Herr Buse fragt nach Kosten, die für die Stadt für das Pfingstzeltlager der Jugendwehren in Tornesch entstanden sind oder entstehen. Amtsleiter Herr Reinhold und Bürgermeister Herr Radon betonen, dass der größte Teil der Kosten für das Pfingstzeltlager durch Fördermittel und Sponsoren gedeckt wird.

### **Stellungnahme der Verwaltung zu den defekten Duschen in der Turnhalle der Johannes-Schwennesen-Schule:**

*Die Duschen waren wegen erhöhter Legionellenwerte gesperrt. Dies wurde auch mit der Schule kommuniziert und durch die Aushänge ersichtlich. Eine Freigabe erfolgt, sobald im Rahmen einer Beprobung die Grenzwerte wieder unterschritten werden.*

---

## **13 Bericht der Verwaltung (öffentlicher Teil)**

**VO/26/2135**

### **Beratungsverlauf:**

Der Bericht der Verwaltung liegt schriftlich vor.

---

## **13.1 Nachträge zum Bericht der Verwaltung (öffentlicher Teil)**

**VO/26/2138**

### **Beratungsverlauf:**

Bürgermeister Herr Radon informiert, dass mit dem heutigen Tag der Software-Testbetrieb für den Bauhof angelaufen ist. Nach drei bis vier Wochen wird eine Auswertung erfolgen. Danach ist die Übernahme der Software in den Regelbetrieb vorgesehen.

Herr Borgeest fragt, was die Stilllegung der Bahngleise zwischen Uetersen und Tornesch für den Kreuzungsbereich Friedrichstraße bedeutet. Und welche Kosten entstehen, wenn die Strecke reaktiviert wird.

Herr Proeger informiert, dass er mit Grünen-Landtagsabgeordneten im Austausch darüber ist, was eine Stilllegung, aber keine Entwidmung, für Auswirkungen hat.

Vorsitz:

---

Jonas P. Proeger

Schriftführung:

---

Sylvia Kaufmann